GSP.Z-01-401-3

Kapitel 4: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Isabella Hoyer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 401 bis 406:
~~(222) Statt um eine Kriminalisierung von Süchtigen und Konsument*innen geht es um Prävention, Schadensminimierung, Entkriminalisierung und passgenaue Beratungs- und Hilfsangebote. Cannabis sollte legalisiert werden. Eine kontrollierte Abgabe von psychoaktiven Substanzen und eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung sind der richtige Weg für wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz, zur Verhinderung von Drogentoten und um kriminellen Strukturen und Drogenkriegen die Grundlage zu entziehen.~~

(222) Der Krieg gegen die Drogen ist gescheitert. Er verursacht massive Menschenrechtsverletzungen, führt zu Leid, Elend und vielen Todesfällen unter den Drogenkonsument*innen. Er mündet in blutigen Konflikten und trägt zur Destabilisierung ganzer Staaten bei. Profitiert hat davon vor allem die organisierte Kriminalität, die immense Profite einstreicht und staatliche Strukturen unterminiert. Das vorgegebene Ziel, Drogenkonsum zurückzudrängen, wurde damit nicht erreicht. Im Gegenteil: Der Konsum von psychoaktiven Substanzen steigt weiterhin an.
Wir wollen diese Eskalationsspirale beenden und setzen dabei auf Prävention, Hilfe und Regulierungen. Statt erwachsene Konsument*innen zu bevormunden und zu kriminalisieren wollen wir Menschen dabei unterstützen, selbstbestimmt und risikobewusst mit psychoaktiven Substanzen umzugehen. Dazu werden wir Prävention, Schadensminimierung, Beratungs- und Hilfsangebote, die sich an den Bedürfnissen der Konsument*innen ausrichten, konsequent ausbauen und effektiver mit einander verknüpfen.
Wir wollen alle Straftatbestände, die zu einer Kriminalisierung der Konsument*innen und eine Behinderung von Prävention führen, aus dem Betäubungsmittelgesetz streichen. Cannabis wollen wir so schnell wie möglich legalisieren. In einer kontrollierten Abgabe von psychoaktiven Substanzen und in einer an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung sehen wir den richtigen Weg wirksamen Jugend- und Gesundheitsschutz zu ermöglichen. Das muss auch für die jetzt schon legalen Substanzen Alkohol und Tabak gelten. Die wissenschaftliche Erforschung des therapeutischen Potentials von psychoaktiven Substanzen wollen wir fördern. Gesundheitsgefährliche Marketingstrategien wie z.B. Werbung für alle Produkte, deren Konsum mit einem Abhängigkeitsrisiko einhergeht, werden wir untersagen. Das betrifft alle psychoaktiven Substanzen einschließlich Alkohol, Tabakprodukte und psychotrope Medikamente, aber auch Glücks- und Onlinespiele.

weitere Antragsteller*innen

Heiko Kohl (KV Havelland); André Marks (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Marco Süss (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Enrico Wolfgang Schandl (KV Ortenau); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Eberhard Müller (KV Havelland); Robert Funke (KV Potsdam); Andreas Jänke (KV Potsdam); Tibor Rumpf (KV Havelland); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/ Köpenick KV); Jan Hagenbach (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Tim Neunzig (KV Berlin-Kreisfrei); Oliver von Dobrowolski (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Thomas Dieú (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Lutz Pahl (KV Potsdam-Mittelmark); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); sowie 7 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.